



DIE WELT, 28.08.2018, Nr. 200, S. 10 / Ressort: WIRTSCHAFT

Rubrik: Wirtschaft

Wie Deutschland Afrika wirklich helfen könnte

Bessere Bedingungen für Firmen, weniger Handelsbarrieren, flexiblere Visa: Ein deutscher Unternehmer in Nigeria zeigt, welche Maßnahmen die Fluchtursachen am besten bekämpfen könnten

Frank Stocker

Am Mittwoch geht es los. Dann bricht Bundeskanzlerin Angela Merkel zu einer Afrika-Reise auf. Sie wird zunächst den Senegal, danach Ghana und schließlich Nigeria besuchen. Sie wolle dort das Thema der illegalen Migration besprechen, sagte sie in einer Videobotschaft. Daneben gehe es um die "klassische Entwicklungszusammenarbeit" und "die Möglichkeiten, eine wirtschaftliche Perspektive zu eröffnen".

Was all das genau bedeuten soll, sagte sie nicht. Dabei ist längst klar, was konkret nötig wäre, um aus den afrikanischen Ländern wirtschaftliche Erfolgsgeschichten zu machen, den Menschen dort Perspektiven zu eröffnen und so letztlich auch Fluchtursachen zu bekämpfen. Klassische Entwicklungshilfe ist es allerdings nicht, die Überweisung von Hilfgeldern ebenfalls nicht. Entscheidend wäre vielmehr, dass sich die Afrika-Politik Deutschlands radikal wandelt.

Christian Wessels weiß, was dazu geschehen müsste. Er lebt seit 15 Jahren in Westafrika, ist seit zehn Jahren als Unternehmer in Nigeria tätig. Mit seiner Firma Daystar Power installiert er dort Solaranlagen. Er hat auch schon die dortige Regierung bei ihren Reformvorhaben beraten, er kennt die Länder, die Märkte, die Probleme. Und er hat eine klare Botschaft an die Bundeskanzlerin und an die deutsche Politik insgesamt. "Wir müssen uns von einem entwicklungspolitischen Dogma lösen", sagt er. "Wir müssen weg von der Transferlogik und hin zu einer Wachstumslogik."

Sprich: Den Ländern ist nicht damit geholfen, dass ihnen die Industrienationen Geld überweisen oder im Rahmen der klassischen Entwicklungshilfe Schulen gebaut oder Brunnen gebohrt werden. Es geht darum, dass die Ökonomien dieser Staaten wachsen, dass Wirtschaftswachstum Menschen Arbeit und Einkommen verschafft. Dieses wird nicht durch Transfers erzeugt. "Zunächst einmal ist die Entwicklung des Landes dabei in der Verantwortung der jeweiligen Regierung", sagt Wessels.

Und dieser Verantwortung sind die meisten afrikanischen Regierungen in den vergangenen Jahrzehnten nur schlecht nachgekommen. Gerade Ghana, die zweite Station der Merkel-Reise, zeigt das. Das Land war britische Kolonie, wurde 1957 unabhängig und hatte damals 6,4 Millionen Einwohner. Im gleichen Jahr wurde auch Malaysia von Großbritannien unabhängig, es hatte damals fast genau so viele Einwohner (7,7 Millionen), es liegt fast auf dem gleichen Breitengrad wie Ghana und auch die Wirtschaftsleistung war praktisch gleich hoch. Doch bis heute stieg diese in Malaysia auf rund 11.500 Dollar pro Kopf, in Ghana dagegen liegt sie gerade mal bei 1800 Dollar pro Kopf. Und der Clou: Ghana erhielt in den Jahrzehnten seit der Unabhängigkeit wesentlich mehr Entwicklungshilfe als Malaysia.

Das zeigt, dass Hilfe oft nicht hilft, die Entwicklung muss aus dem Land selbst kommen. Zwar sieht es gerade in Ghana derzeit so aus, als sei dies nun endlich der Fall. Die Wirtschaftskraft wuchs im vergangenen Jahr um 8,5 Prozent, für 2018 werden erneut rund sieben Prozent erwartet. Dieses Wachstum basiert jedoch vor allem auf einer Ausweitung der Erdölförderung - ein zweifelhafter Treiber, wie in Nigeria in den vergangenen Jahren zu sehen war.

Dessen Wirtschaftskraft wuchs zwischen 2006 und 2016 zwar um durchschnittlich 5,7 Prozent pro Jahr. 2016 jedoch schrumpfte sie um 1,5 Prozent. Das Land durchlief eine Rezession, wegen der gefallenen Ölpreise. Die Abhängigkeit vom Öl ist also höchst zweifelhaft, zumal die Gewinne daraus meist nur einem kleinen Teil der Bevölkerung zugute kommen.

Wesentlich wichtiger wäre es, dass die Staaten beispielsweise die Bedingungen für Unternehmen verbessern. "Es muss einfacher, kostengünstiger und schneller werden, ein Unternehmen zu gründen", sagt Wessels. Denn nach wie vor ist es ein reichlich aufwendiges Unterfangen in Afrika eine Firma zu gründen und zu führen. Im Doing-Business-Index der Weltbank, der die Bedingungen dafür misst, liegt Ghana derzeit auf Platz 120 von 190, Senegal auf Platz 140 und Nigeria auf 145. Nigeria immerhin kletterte im vergangenen Jahr um 24 Plätze nach oben, zuvor hatte es sogar nur Rang 169 von 190 eingenommen. Die Regierung führte diverse Reformen durch, die das Land einen deutlichen Schritt voran brachten. Abläufe wurden vereinfacht und beschleunigt. Dennoch liegt immer noch vieles im Argen, und das ist durchaus symptomatisch für die meisten dieser Länder.

"Die Bürokratie ist unglaublich kompliziert", erzählt Wessels. "Es kostet beispielsweise unglaublich viel Zeit und Mühe, allein die Steuern zu bezahlen." Darüber hinaus sei die geringe Kapitalbildung ein Problem. "Es ist unglaublich schwierig einen Kredit zu bekommen, um Projekte zu finanzieren." Ganz zu schweigen von der schlechten Infrastruktur.

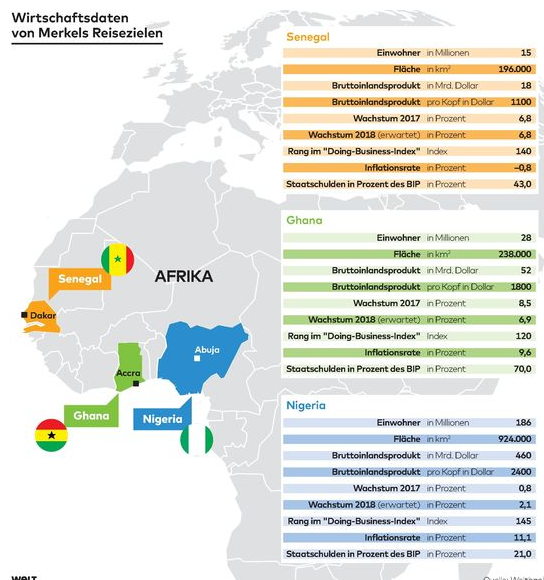
Diese wirkt sich auch auf die Stromversorgung aus. Sie wird immer wieder für Stunden unterbrochen, 85 Prozent der Firmen müssen daher Dieselgeneratoren nutzen, was teuer und umweltschädlich ist. Doch hier zeigen sich gleichzeitig auch die Chancen, die sich insbesondere deutschen Unternehmen bieten. Denn Wessels schafft mit den **Solarenergieanlagen** seiner Firma genau hier Abhilfe. Durch sie ließen sich die Stromkosten für die Firmen vor Ort um 20 bis 30 Prozent senken.

"Auf dem westafrikanischen Markt gibt es unglaubliche Chancen", sagt er daher auch. "Die meisten Märkte sind unterbedient und überpreist, sprich, es gibt zu wenig Angebot und zu wenig Konkurrenz." Hier könnten sich gerade Firmen aus Deutschland riesige neue Märkte erschließen. Immerhin hat beispielsweise Nigeria allein fast 200 Millionen Einwohner. "Es geht daher nicht nur darum, wie Deutschland Nigeria helfen kann. Es geht auch darum, dass Nigeria Deutschland helfen kann - als ein riesiger Markt und Produktionsstandort."

Und doch gibt es eben auch Punkte, bei denen die deutsche Regierung die afrikanischen Staaten unterstützen könnte, beispielsweise im Bereich der Korruption. Diese ist in all den Ländern endemisch und schadet der Entwicklung, da auf diese Weise viel Geld in falsche Kanäle gelenkt wird. Vieles davon gelangt jedoch auch nach Europa und Deutschland, schlummert hier auf Konten. "Hier wäre Deutschland gefordert, indem es den Ländern Afrikas hilft, solches Geld aufzufinden, das zur Geldwäsche nach Europa transferiert wird", sagt Wessels. Darüber hinaus sollte die EU Handelsbarrieren abbauen. "Bisher gestaltet sich die Politik der EU so, dass Rohstoffe sehr leicht importiert werden können, bei verarbeiteten Waren gibt es jedoch oft hohe Hürden", sagt er. "Diese müssen abgebaut werden."

Und schließlich sollte Deutschland bei der Visa-Vergabe flexibler werden. So wollte Wessels vor einigen Monaten einen seiner bestqualifizierten Ingenieure, der in London mit einem Stipendium der Regierung studiert hatte, für ein Training nach Deutschland schicken. Doch es war ein unendlicher Hürdenlauf, das Visum für ihn zu bekommen. Dabei gehört er zu jenen, die sicher keinerlei Interesse haben, in Deutschland Asyl zu beantragen. Er gehört vielmehr zu jenen Menschen, die ihr Land voranbringen wollen und können. Sie dabei zu unterstützen bringt mehr als zig Milliarden an Entwicklungshilfe.

Frank Stocker



Quelle: DIE WELT, 28.08.2018, Nr. 200, S. 10

Ressort: WIRTSCHAFT


Rubrik: Wirtschaft

Dokumentnummer: 159118057

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/WELT_1bc6b0641c4d3a6d36392e889b3d25264575ef9d

Alle Rechte vorbehalten: (c) WeltN24 GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH